

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habříkovo nám. 82. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, Telegrafisch 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschland 16,- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Der Entwurf des neuen Pressegesetzes.

Von Friedrich Musterlik (Wien).

Eine Zeit, in der die Zensur schwer auf der Presse lastet und die deutschen Zeitungen entweder gezwungen sind, auf den Ausdruck der eigenen Überzeugung zu verzichten oder mit weißen Flecken sonder Zahl herauskommen, scheint nicht gerade die geeignetste zu sein, um den Entwurf des neuen Pressegesetzes, dem die Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, darauf zu untersuchen, ob er den Erfordernissen der Demokratie ausreichend Rechnung trägt. Dabei muß auch gesagt werden, daß das Mißtrauen in den Verfall der tschechoslowakischen Republik, die Pressefreiheit zu begründen, durch ihre Praxis nur allzusehr gerechtfertigt ist. Denn daß der Republik das ganze Arsenal der Tücken aus den österreichischen Gesetzen zur Verfügung steht, scheint doch kein zwingender Grund, sie zu gebrauchen; die Republik hat aber nie geschwankt — auch vor dem Zustande der Woblfürung nicht, der freilich alles weggeschwemmt hat, was an Achtung vor den staatsbürgerlichen Freiheiten noch überhaupt vorhanden war —, die oppositionellen Zeitungen nach allen Regeln der österreichischen Konstitutionspraxis zu behandeln, und hat der Freiheit, der Meinungsäußerung keineswegs den Respekt bezeugt, aus dem ein freizeitliches Gesetz als eine reife Frucht erwachsen würde. Daß mit dem Fortbestande der Gesetze des Obrigkeitsstaates die Pressefreiheit nicht unvereinbar ist, beweist Deutschösterreich, wo trotz der Geltung der alten Gesetze die Freiheit des Redens und Schreibens so ziemlich vollendet ist, wo also die Reform dieser Gesetze nur einen schon errungenen Stand sanktioniert. Deshalb ist in der Tschechoslowakei die Reform des alten Pressegesetzes umso notwendiger: gegen die Willkür der Verwaltung, die sich nicht selbst im Zaume hält, muß eben das Gesetz den festen, unverrückbaren Damm aufrichten. Wohl ist die politische Atmosphäre, die jetzt in der Tschechoslowakei herrscht, der Verschleierung von Gesetzen, die die politische Freiheit verbürgen, nicht gerade günstig; aber die Ausschreitungen der Zensur machen das Gesetz umso dringender und notwendiger.

Was nun den langen und vielparagrafen Entwurf betrifft, so muß im allgemeinen gesagt werden, daß sich die Verfasser über die Natur eines Pressegesetzes nach allem, was man sieht, in einem kardinalen Irrtum zu befinden scheinen. Sie verneinen offenbar, durch ein Pressegesetz werde die Pressefreiheit begründet; deshalb sei ein Pressegesetz umso besser, je länger es sei, denn dann werde eben mehr Freiheit geboten. Aber es verhält sich genau umgekehrt, wenn es auch in den alten Obrigkeitsstaaten verdunkelt war: die Freiheit der Meinungsäußerung ist das vorweg Gegebene, und das Pressegesetz tut eigentlich nichts anderes, als diese Freiheit „regeln“, das heißt: beschränken. Die absolute Pressefreiheit wäre also eigentlich nur begründet, wenn es gar kein Pressegesetz gäbe; wenn das Erscheinen und das Verbreiten von Druckschriften durch keinerlei Vorschriften eingekerkert wäre. Woraus sich als zwingender Schluß ergibt, daß ein Pressegesetz umso besser ist, je kürzer es ist, weil dann die Freiheit der Meinungsäußerung von weniger Vorschriften behelligt und beschränkt wird. Gegen diesen wahren Sinn eines Pressegesetzes sündigt nun der Regierungsentwurf in empfindlicher Weise; er mischt sich in Dinge hinein, die den Staat,

also das Gesetz im Grunde nichts angehen, „regelt“ also viel zu viel, und wird schon dadurch engherziger als er vielleicht sein wollte. Er hat sich eben ein übles Exempel zum Muster genommen, ist nämlich zu einem beträchtlichen Teile dem Entwurfe nachgebildet, der von der Regierung in der vorigen österreichischen Nationalversammlung eingebracht worden ist, über den aber das übereinstimmende Urteil lautete, daß er im Stil und in der Anordnung alles andere denn ein Musterwerk war (weßhalb er eben von dem Referenten das Justizauschusses auch gründlich umgearbeitet wurde. So entspricht auch der tschechische Entwurf teilweise nicht den Ansprüchen, die man an ein modernes Gesetz mit Recht stellen kann: daß es das, was es sagen will, deutlich sage, wonach es dann nicht zu sagen brauche, was es nicht wolle — wie es mangelhafte Gesetze regelmäßig tun. Die Ausschließung des vielen Überflüssigen des Entwurfs ist die Bedingung, daß ein übersichtliches und einleuchtendes Gesetz herauskommt.

Doch würde sich diese Prüfung allzusehr in Einzelheiten verlieren, wogegen ich mich beschränken will, den Entwurf wesentlich auf seinen demokratischen Gehalt zu prüfen. Und da muß gesagt werden, daß sich dieser Entwurf des Pressegesetzes einer demokratischen Republik von dem Polizeigeiste des Pressegesetzes der Obrigkeitsstaaten, deren Absicht es immer war, die Presse zu beordern, und zu überwachen, keineswegs freigemacht hat. Einige Beispiele! Nichts selbsterständlicher, als derjenige, der berechtigt ist, Druckschriften zu verkaufen, auch berechtigt ist, Bestellungen auf sie zu sammeln. Welche Notwendigkeit soll es nun begründen, und woher nimmt der Staat die Berechtigung, dieses Sammeln von Bestellungen, das doch ein landläufiges Sammeln von Bestellungen auf eine Ware ist, unter eine Kontrolle zu stellen? Und doch soll der Sammler auf eine besondere Erlaubnis angewiesen sein, die ihm die Polizei verjagen kann, wenn er wegen einer Verurteilung vom Gemeindevahlrecht ausgeschlossen ist, „und wenn überdies nach der Natur des Deliktes zu befürchten steht, daß er diese Berechtigung mißbrauchen könnte“. Wozu „mißbraucht“? Man spürt den Polizeigeist, der die Sammler von Bestellungen unter Aufsicht halten will!... Der Verkauf von ausländischen Zeitungen wird von der Bewilligung des Gauamtes abhängig gemacht, „das die Bewilligung ohne Angabe von Gründen verweigern oder widerrufen kann.“ Dabei läßt der Entwurf auch das Verbot von ausländischen Zeitungen zu, so daß diese „Bewilligung“, die übrigens den Verpflichtungen der Gegenseitigkeit widerspricht, geradezu als eine administrative Zensur wieder die gesamte ausländische Presse darstellt und den grotesken Zustand hervorbringen kann, daß eine ausländische Zeitung in einem Teile der Republik zugelassen, in einem anderen verboten werden könnte. Die Regierung kann verfügen, daß auf weißem Papier nur amtliche Kundgebungen (Plakate) gedruckt werden dürfen. Ein übles Exempel des Respektes vor der Obrigkeit!... Was alles soll nach diesem Entwurfe auf der Druckschrift wohlgemerkt: „am Kopf“! vermerkt werden! Bisher konnte man immer nur die Verpflichtung, den Herausgeber, den Eigentümer, den verantwortlichen Redakteur, den Drucker und Verleger zu nennen, was eben damit begründet wird und darin seine Rechtfertigung findet, daß allen diesen Personen vom Pressegesetze Pflichten und Verantwortlichkeiten auferlegt werden. Aber der Entwurf verlangt auch die Anführung des

„Jahres des Druckes“, was zwar in der Regel geschieht, dennoch aber nicht angeordnet werden darf, weil sich ein demokratisches Pressegesetz Anordnungen, die nicht notwendig sind, enthalten soll, und begehrt weiter, daß man „auf jeder Nummer der Zeitschrift“ anführe, „den Tag, Monat und das Jahr der Herausgabe“, den Detailpreis angebe, ferner „die Zeitsfolge des Erscheinens der Druckschrift und ihre hauptsächlichste Richtung (politisch, wissenschaftlich, literarisch u. dgl.) vermerke. Welche Keugier! Von der Abgeschnittenheit ganz abgesehen, daß die Zeitung „am Kopf“ erzählen soll, was für eine Zeitung sie ist, ist die Frage wohl gestattet, was das alles den Staat angehe und was er davon habe, wenn das alles „angeführt“ wird. Aber das ist eben der Geist der Bevormundung!... Erstaunlich sind auch die Bestimmungen über die Freieremplare; von jeder Druckschrift, also auch von Büchern, ist ein Freieremplar dem Ministerpräsidenten und eines dem Minister des Innern einzusenden — nach dem schon je ein Exemplar für die drei Universitäts-Bibliotheken, für das Bibliographische Institut und für die Bibliothek der Nationalversammlung vorgeschrieben und sogar das Statistische Amt bedacht ist — obwohl für

die zwangsweise Vermehrung der Bibliotheken der zwei Minister nicht leicht ein Grund wird angegeben werden können, und man meinen könnte, daß sich die Lesebedürfnisse ebenso befriedigen sollten wie andere Sterbliche: indem sie sich die Bücher und Zeitungen einfach kaufen. Das alles ist aber Ausfluß des Autoritätswahnes! Auf dasselbe Kapitel gehört die Bestimmung, daß die Veröffentlichung einer tatsächlichen Verächtigung abgelehnt werden darf, wenn sie nicht in jener Sprache, in der die Mitteilung erschienen ist, oder nicht in der Staatssprache abgefaßt ist, was zur Folge hätte, daß man dem „Sozialdemokrat“ wohl eine Verächtigung in tschechischer, den „Narodni Listy“ aber nicht in deutscher Sprache zuschicken dürfte! Ein Musterbeispiel des un-demokratischen Geistes — denn Demokratie bedingt vor allem Gleichheit, — der die tschechoslowakische Republik an so vielen Punkten noch beherrscht.

Nach diesen nachgedrungenen Vorbemerkungen gedenke ich zu den wichtigeren Fragen des Pressegesetzes und zu ihrer Regelung in dem Entwurfe einige Bemerkungen zu machen.

### Beendigung der Generaldebatte. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Das Abgeordnetenhaus trat im allgemeinen unter Teilnahmslosigkeit der Mehrzahl der Abgeordneten die Generaldebatte über das Budget fort und ging in der neunten Abendstunde in die Spezialdebatte ein. Während ganze Fraktionen bei den Reden anderer Parteizugehöriger dem Saale überhaupt fern blieben, haben viele unserer Genossen allen Reden beigewohnt. Als Muster einer sachlichen Rede kann die des Genossen Taub angesprochen werden. Nach einer Einleitung, in der er die Politik der Deutschbürgerlichen und die des Opportunisten Kreibitz geißelte, ging Taub in eine tiefgründige Kritik des Budgets ein.

Präsident Tomasek eröffnet um 1 Uhr 30 Minuten die Sitzung. Nach einigen Formalien wird die Budgetdebatte fortgesetzt.

Abg. Vobek (deutsch. Christl. Soz.) verurteilt die Eile, mit der auch heuer der Voranschlag durchberaten werden soll. Es sei höchste Zeit, daß dem Staate die kostspielige Scheinstellung in der Welt genommen werde. Es muß befremden, daß sich die Regierung über das Kriegsauleihgesetz ausschweigt. Redner hält den

Mehrheitsparteien Unfähigkeit zur Organisation vor und verweist auf das ungeheure Anschwellen des Beamten- und Angestelltenapparates, wobei die Deutschen von den Zentralstellen fast ausgeschlossen sind. Das Steuersystem ist unhaltbar und schreit nach einer gründlichen modernen Reform.

Abg. Dubiechy (sch. Agr.) konstatiert, daß die Deutschen selbst mit der Politik Lodmans nicht immer übereinstimmen. Eher werde sich auf Grund der Ausführungen des Abg. Spina ein Zusammenhang ergeben. Er wünscht eine geringere Anzahl von Staatsbeamten. Hierauf wendet er sich gegen die sinnlose Zollpolitik hinsichtlich der Bodenprodukte. Man verusche, daß heuer 30.000 Waggons Getreide aus dem Auslande für die öffentliche Approvisionnement ohne Zoll importiert würden und für unser Getreide werde für die Zukunft ein immenser Zoll berechnet. Man gehe darauf aus, die Zolltarife nur aus finanziellen Gründen zu erhöhen. Denn gegenüber 90 Millionen Kronen des Vorjahres sollen 520 Millionen Kronen durch die Zölle heuer eingebracht werden. Eine solche Zollpolitik habe eine Agrarkrise im alten Oesterreich erwirkt. Der Redner findet warme Worte für die Tätigkeit des Bodenamtes. Er wünscht eine Auflösung des Reichswirtschaftsrates.

### Rede des Abgeordneten Genossen Taub.

Antwort an die Deutschbürgerlichen. Abg. Genosse Taub führt aus: Bei der gestrigen Auseinandersetzung zwischen unserer Partei und den Deutschbürgerlichen hat Abg. Dr. Kasta in einem Zwischenruf das Verhalten der Deutschbürgerlichen in der Republik gegenüber jenen in Deutschösterreich damit zu rechtfertigen gesucht, daß er gemeint habe, es sei keine Schande, wenn die Bürgerlichen durch den Krieg zugerufen hätten. Wir stehen auf demselben Standpunkte, daß es keine Schande wäre, wenn die Bürgerlichen zugerufen hätten, aus ihrem ganzen Verhalten aber ergeben wir, daß sie gar nichts zugerufen haben, daß sie die alte Taktik des alten Deutschen Nationalverbandes beibehielten. Aus dem Verlaufe der Budgetdebatte sehen wir, daß jeder Redner des sogenannten Nationalverbandes seine eigene Politik macht und wenn die Deutschbürgerlichen verneinen, daß ihr Ver-

halten gegenüber dem Kriege demokratischen Grundfahnen entspricht, so glaube ich, daß die Mehrheit keineswegs aus demokratischen Grundfahnen gegen den Krieg sich stellte, sondern nur aus taktischen Gründen. Das ist der große Unterschied zwischen dem Verhalten der Deutschbürgerlichen und jenen unserer Partei. Wir sind grundsätzliche Gegner des Militarismus hier und dort, die Deutschbürgerlichen suchen sich das Land aus, wo sie Gegner sind, je nach dem, wie es ihnen paßt. Wir fühlen uns eins mit den Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland und mit den Sozialdemokraten in Oesterreich und wir wünschen nur, daß auch die Deutschbürgerlichen denselben Mut haben und daß sie sagen, daß sie Rechtsnachfolger des Deutschen Nationalverbandes sind. (Beifall bei den Genossen.) Wir sind Demokraten, rufen sie aus, (Zwischenruf:

Siehe gestern, Scheindemokraten), aber sie sind es nur hier in diesem Staate. Schützen Sie, welche Politik die Deutschbürgerlichen draußen machen. Abg. Bobel sprach von der äußerlich dringlichen Art der Sozialdemokratie, mit der sie der Bevölkerung rief, einzurücken. Er sprach von einer Kriegsbegeisterung der Sozialdemokraten. (Zwischenruf: Freibeit!) Ich stelle fest, daß Abg. Bobel eine offensichtliche Unwahrheit gesagt hat. Wir werden gegen jede Reaktion mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln aufstehen. (Beifall.) Herr Dr. Lohmann ist gestern hier als Lehrmeister aufgetreten. (Zwischenruf: Das hat er öfters getan!) Ich glaube aber, daß er am allerwenigsten geeignet ist, uns politische Anstandslehren zu erteilen, er möge es uns überlassen, welcher Reihorden wir uns im Kampfe gegen die Deutschbürgerlichen bedienen wollen. Genosse Taub polemisiert weiter gegen die Ausführungen des Abg. Kreibitz, dem er vorhält, daß der letzte Vertreter der Regierungspartei hier verächtliche Töne anschlägt, als es ihm beliebt hat. Wie Kreibitz selbst noch im Jahre 1918 gesprochen hat, beweist Taub durch Verlesung einer in der provisorischen Landesversammlung von Kreibitz gehaltenen kriegsbegeisterten Rede.

**Budgetkritik.**

Wenn man zu einem Voranschlag Stellung nimmt, müssen wir als Sozialdemokraten den Charakter des Voranschlags zu ermitteln trachten und prüfen, wie Bemittelte und Unbemittelte herangezogen werden. Wir haben fast in allen Kapiteln eine ansehnliche Erhöhung zu verzeichnen, bei der im Vordergrund des ansehenden Volkes mit sich bringen, während z. B. im Ministerium für soziale Fürsorge eine Ersparnis von 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr gemacht wird, eine Ersparnis zu einer Zeit, wo man daran gehen will, die Sozialversicherung einzuführen. Wir erklären: Wir sind für die selbständige Versicherung, sind aber dagegen, daß man diese vereinigt mit der Arbeiterversicherung. Mit aller Entschiedenheit werden wir uns auch noch gegen den Versuch wenden, die Sozialversicherung über das nächste Jahr hinaus zu schieben. Jeder ordentliche Staatshaushalt hätte das Bestreben, uns Unterlegen zur Verattung des Voranschlags zu geben, wir aber haben nicht einmal einen Rechnungsabschluss. Will man die wahre finanzielle Lage des Staates beurteilen, so muß man zahlreiche Posten aus dem Voranschlag ausschneiden. Auf dieser Grundlage errechnet sich dann ein Staatsbedürfnis von 17,5 Milliarden. Wir sind an die Beratung des Budgets ohne Grundlagen hierfür heranzutreten und in demselben Momente wurde uns ein Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1921 vorgelegt. Redner gibt hierauf einen ziffermäßigen Überblick über die Bedürfnisse einzelner Ressorts im Jahre 1921 unter Hinzurechnung des angeforderten Nachtragsvoranschlags und vergleicht diese Ziffern mit den Ansätzen im Voranschlag für das Jahr 1922, aus dem sich ergibt, daß für das nächste Jahr ein Ersparnis von 1,6 Milliarden gegenüber dem Vorjahr vorgesehen ist. Dies möchte Redner schon jetzt feststellen.

**Militär- und Polizeistaat.**

Wenn Dr. Rassa, fährt Redner fort, die Regierung auf die „Arbeiter-Zeitung“ aufmerksam gemacht hat, welche diesen Staat als Militär- und Polizeistaat bezeichnet hat, dann will ich das Nachweis erbringen, daß diese Behauptung den Tatsachen entspricht, und zwar an dem Aufwande für Militarismus, Polizei und Gendarmerie, von denen ersterer auf über drei Milliarden gestiegen ist, während für die Polizei hener 120 Millionen (gegen 23 Millionen im Jahre 1920) und für die Gendarmerie für die 254 Millionen (gegen 75 Millionen im Jahre 1920 und 228 Millionen im Jahre 1921) angesprochen werden. Und ich möchte den Herrn Professor Rassa wohl fragen, ob man einen Staat, der für Arme, Polizei und Gendarmerie 3,8 Milliarden, also 22 Prozent des Gesamtbudgets ausgibt, als Militär- und Polizeistaat bezeichnen darf.

Sie sind, meine Herren, für die Trennung von Staat und Kirche, steigern aber den Aufwand für Kultuszwecke von 29,9 Millionen im Jahre 1920 auf volle 42 Millionen für das Jahr 1922.

**Theorie und Praxis.**

Sie sind für die nationale Gleichberechtigung, lehnen aber die Einsetzung auch deutscher Beamten zur Kontrolle des Volkszählungsergebnisses ab. Hierbei will ich gar nicht darauf zurückgreifen, daß die Deutschen bis heute weder im Bodename, noch in der Landesverwaltung - Kommission vertreten sind. Aus alledem ist zu ersehen, daß sie noch weit davon entfernt sind, gerecht gegenüber den anderen Nationen in diesem Staate zu sein. Wie Sie sparen wollen, das zeigen Sie deutlich bei Ihren Auslandsvertretungen. Sie machen es da nicht besser, als im alten Österreich. Wenn Ihre Auslandsvertreter wenigstens positiv, fruchtbar Arbeit leisten würden. Diese fruchtbar nicht, was der Republik noht. Sie sind wohl theoretisch gegen die indirekten Steuern, praktisch aber handhaben Sie ein ganz anderes System.

Der beste Beweis hierfür ist die Kohlensteuer, die Umsatzsteuer, die Branntweinsteuer, Zehlfartensteuer, Frachtensteuer. Für das Jahr 1922 sind 7,8 Milliarden, also 74 Prozent aller Steuern indirekte Abgaben. Wenn der Finanzminister in seinem Exposé gesagt hat, daß seitens des Ministeriums Änderungen im Budget nicht vorgenommen werden konnten, weil die jetzige Regierung zu einem Zeitpunkt gekommen ist, wo der Voranschlag bereits fertig war und es technisch nicht mehr möglich war, Änderungen vorzunehmen, so gibt er damit indirekt die Reformbedürftigkeit dieses Voranschlags zu. Wenn er gesagt hat, daß an den steigenden Ausgaben auch das Schulwesen Anteil hat, so war dies nicht richtig.

**Das Investitionsbudget.**

Zum Investitionsbudget möchte ich fragen, was mit dem Investitionsprogramm für 1920/21 geschehen ist. Glaubt man etwa daran, daß man nicht verpflichtet ist, der Nationalversammlung Berichte darüber zu erstatten, was von diesem Programm realisiert wurde. Wir haben ein eminentes Interesse daran, das zu wissen.

**Dr. Brad.**

Wenn der Herr Finanzminister die tschechoslowakische Republik mit einer Insel im Meere der Isolation verglichen hat, dann ist dieser Vergleich zu weitgehend und man wäre förmlich zu glauben, daß die Verhältnisse in den angrenzenden Staaten nicht zurückwirken werden auf diesen Staat, wenn sie sich nicht sehr bald konsolidieren sollten. Dieser Staat gleicht mehr einem Brack, der in den Hafen gebracht werden muß. Unsere Volkswirtschaft braucht Geld, um sich entwickeln zu können, aber keineswegs steht die Sache so, als ob der Inlandkredit schon voll erschöpft wäre. Daß er verfaßt ist darauf zurückzuführen, daß das Vertrauen der Bevölkerung zum Staate erst gegeben werden muß. Sie müssen die Kriegsanleihe unbedingt einlösen.

Gen. Taub schließt: Um einen Voranschlag zu beschließen, braucht man beides: Beratung und Unterlage. Sie haben kein Geld für die Notaushilfe, für die Pensionisten, Arbeitslosen, Kriegsbeschädigte, für Unterhaltsbeiträge, mit vollen Händen geben Sie es dem Militär. Sie führen Demokratie in die Ründe und zur selben Zeit sind politische Unterdrückungen an der Tagesordnung. Sie werden begreifen, daß wir unter solchen Umständen gegen das Budget stimmen werden. (Beifall.)

**Die weitere Debatte.**

Abg. Rejzchleb-Marcha (tsch. Agr.) hält es für möglich, daß die verschiedenen autonomen Bestrebungen nur dann ausgeschaltet werden könnten, wenn eine gesunde Dezentralisation in den Verwaltungsbehörden durchgeführt werde. Er wünscht eine Vereinheitlichung des Beamten- und eine Verminderung des Apparates im Ministerium für nationale Verteidigung. Der überflüssige Budgetposten der Bürgerkontrolle möge gestrichen werden. Der Redner fragt die Regierung, in welchem Stadium sich die Konfiskation der Güter der Personen befindet, die den magyarschen Putz hervorgerufen haben.

Abg. Hanich (Bund der Landwirte) versucht, gegen den Genossen Taub zu polemisieren. Er meint auch, die deutschen Sozialdemokraten seien nur dort Demokraten, wo sie in der Minderheit seien. Dort aber, wo sie die Mehrheit haben, zum Beispiel - in Ausland, sind sie genau so für den Krieg wie die Deutschbürgerlichen. (Abg. Hollischer: Wir lehnen es ab, mit den russischen Wachtavern identifiziert zu werden!) Wenn Abg. Taub gesagt hat, wer für den Einmarsch in Ungarn war, so glaube Redner, daß es schwer möglich ist, darüber ein Urteil zu fällen, was wohl geschehen wäre, wenn die Angelegenheit nicht so rasch erledigt worden wäre. Andererseits aber habe sich Abg. Taub selbst widersprochen, denn er hat erwähnt, daß er gegen jede Reaktion mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln sich stellen werde. Redner müsse fragen, welche außerparlamentarischen Mittel Abg. Taub gemeint habe und ob hierin auch die kriegerische Intervention miteinbezugnehmend sei. (Zwischenruf: Nein!) Redner wendet sich sodann der Besprechung des Staatsvoranschlags zu.

Abg. Dubnits (Komm.) erklärt, daß die tschechoslowakische Demokratie nicht den Forderungen des arbeitenden Volkes entspreche. Frankreich schütze die monarchistischen Interessen Europas und nicht die Interessen der ungarischen Nachbarstaaten. Die tschechische Politik gehe die Wege des Kapitalismus, die Frankreich vorschreibe, das das internationale Arbeitsamt zwang, die Einführung der 8 Stundenzeit der Landarbeiter und der 36stündigen Arbeitsruhe in den industriellen Betrieben zu widerrufen. Im Budget sei auffallend, daß für die Schule zu wenig und für kirchliche Zwecke zu viel präkalkuliert sei. Durch die indirekten Steuern würden die ärmsten Massen des Volkes am schwersten belastet. Der niedrige

Posten für die soziale Fürsorge beweise, daß an die Arbeiterchaft nicht gedacht werde. Der Redner protestiert dagegen, daß diejenigen, die vor dem Horthyregime flohen, nach Ungarn zurückgeschickt würden, daß die Reste der Wehrjurabanden, die in der Slowakei interniert waren, Waffen während der Mobilisierung erhielten und schließlich dagegen, daß für die Kriegstrümpel und für die Hinterbliebenen der Opfer des tschechoslowakischen Militarismus die lächerliche Summe von 450.000 Kronen ausgesetzt worden sei.

Abg. Tellek (mag. Christl.-Soz.) beklagt sich über die Tätigkeit der Propagationskanzlei in der Slowakei, welche die magyarische Intelligenz verfolge und über die scharfe, dort geübte Zensur. Er protestiert gegen die Schließung der Zentralkanzlei seiner Partei und die Verordnung einiger Zupans, daß jeder magyarisch Sprechende verhaftet und bestraft werde.

Abg. Dr. Jablonitzky (mag. Christl.-Soz.) ist der Ansicht, daß die Habsburger auf dem ma-

garischen Thron keine Gefahr für die Republik bedeutet hätten. Er bezeichnet die Mobilisierung als einen Mißgriff. Rumänien habe nicht mobilisiert. Seine wichtig sein wollende peiniglich-monarchistische Rede wurde vom Präsidenten Tomasek durch einen Ordnungsruf am Schlusse unterbrochen.

**Beginn der Spezialdebatte.**

Abg. Zierhut (d. Landw.) unterzieht die Bodenreform einer Kritik. Man habe die Bodenreform mit der Politik vermischt und sie sehr geschädigt. Die Bodenreform liege nun in den Händen der staatlichen Bürokratie. Der Charakter der Reform widerspreche den Prinzipien des Nationalitätenstaates. Redner bespricht die Aktionen des Bodenamtes im Vorjahre und kritisiert das Kleinpächtergesetz. Seine Partei werde eine wirklich vernünftige Bodenreform unterstützen. Aber deutscher Boden gehöre deutschen Betreibern.

Die Spezialdebatte wird heute um 10 Uhr vormittags fortgesetzt.

**Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.**

Freitag, den 18. November 1921, tagte im „Lidovy Dům“ in Prag unter dem Vorsitz der Genossen Jarolim und Brozil die von den Bergarbeiterverbänden einberufene Reichskonferenz der Bergarbeiter. Dieselbe war von 54 Vertretern der Verbandsorganisationen aller Reviere der Republik und von den Obmännern aller Revierräte besetzt. Ueber den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Situation im Kohlenbergbau“ erstatteten die Abgeordneten Pohl, Brozil und Draxl die Referate. Nach einer längeren sachlichen Diskussion, an der sich 40 Vertreter der Reviere beteiligten und in der der feste Wille der Bergarbeiter zum Ausdruck kam, den Versuchen der Unternehmer, die Wirtschaftskrise im Bergbau auf Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter zu regeln, mit allen Mitteln Widerstand entgegenzusetzen, wurden nachstehende Resolutionen einstimmig angenommen:

**Forderung nach einem einheitlichen Kollektivvertrag.**

Die erfolgten Versuche der Bergwerksbesitzer, die Krise im Kohlenbergbau durch Abbau der Löhne beheben oder mildern zu wollen, werden von den Bergarbeitern entschieden zurückgewiesen. Besonders in einer Zeit zunehmender Teuerung müssen solche Versuche geradezu als Provokation aufgefaßt werden. Die Krise im Kohlenbergbau kann durch Aufhebung oder Herabsetzung der Kohlensteuer, durch eine entsprechende Änderung der Eisenbahnzölle, durch Regelung der Kohlenpreise, durch eine bessere Exportpolitik mit der Kohle, aber niemals auf Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter beseitigt werden.

Die Konferenz ermächtigt die drei koalisierten Bergarbeiterverbände, mit den Unternehmern und der Regierung wegen Abschluss eines einheitlichen Kollektivvertrages für die Bergarbeiter aller Reviere der Republik und daran anschließende Lohnverträge der einzelnen Reviere unter der Bedingung in Verhandlungen zu treten, daß bis zum Abschluss eines solchen einheitlichen Kollektiv- (Lohn-)Vertrages die bisher in Geltung befindlichen Lohn- und Kollektivverträge, ob gekündigt oder ungekündigt, in vollem Umfange aufrecht bleiben. Soweit es an den Bergarbeitern liegt, erklären sich dieselben, wie bisher, ausdrücklich bereit, für eine Erhöhung der Produktion einzutreten und zu wirken. Die diesbezüglichen Vorschläge und Anregungen der Betriebsräte dürfen aber nicht, wie bisher, von den Unternehmern unbeachtet bleiben. Die Erhöhung der Produktion ist weniger in der Steigerung der Häuerleistung, welche in den letzten Jahren ständig zunahm, als in der Steigerung der Durchschnittsleistung zu erzielen, allerdings nur, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, dieser Frage passiv gegenüberstehen, sondern bereit sind, sie aktiv zu fördern.

Die Reichskonferenz ermächtigt ausschließlich die drei koalisierten Bergarbeiterverbände zur Führung von Verhandlungen über die Änderung der Lohnverträge aller Reviere und besonders zur Führung der Verhandlungen über einen einheitlichen Lohnver-

trag. Die Verbände sind verpflichtet, vor Abschluss von Verträgen die Zustimmung der betreffenden Reviere einzuholen. Alle Reviere sind verpflichtet, ihre Entscheidung anzunehmen und anzuerkennen.

Die Konferenz erhebt schärfsten Protest gegen die Versuche politischer Parteien, den schweren Lohnkampf der Arbeiter zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen und ihn derart zu diskreditieren.

**Die in Abwehr befindlichen Reviere.**

Die Reichskonferenz bestätigt vollinhaltlich die Beschlüsse der koalisierten Bergarbeiterverbände vom 31. August 1921. Sie beschließt, daß die Verhandlungen über die weitere Gültigkeit der gekündigten Lohnverträge nur auf folgender Grundlage geführt werden können:

Keine Herabsetzung der Löhne, keine Herabsetzung der Gebinde und keine Herabsetzung oder Aufhebung von Zulagen oder Zuwendungen irgendwelcher Art.

Sollten die auf dieser Grundlage geführten Verhandlungen für das eine oder das andere Revier ergebnislos sein, so sind die koalisierten Verbände, welche schon diese Verhandlungen durch mindestens je einen Vertreter ihrer Verbände unter Zuziehung von Vertretern der betreffenden Reviere zu führen haben, verpflichtet, innerhalb der aller kürzesten Frist eine neuerliche Reichskonferenz einzuberufen.

Den Mähr.-Ostrauer Bergarbeitern wird empfohlen, ihr an sich berechtigtes Ultimatum an die Unternehmer entsprechend diesem Beschlusse zu verlängern.

**Einigkeit der Bergarbeiter.**

Die am 18. November 1921 in Prag tagende Reichskonferenz der Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik spricht den koalisierten Bergarbeiterverbänden ihr volles Vertrauen aus. Versuche, von welcher Art immer, das Vertrauen der Bergarbeiter zu ihren Kampforganisationen zu erschüttern oder untergraben zu wollen, muß als die Interessen der Bergarbeiter schädigend gebrandmarkt werden. Wollen die Bergarbeiter ihre Kampforganisationen kampffähig erhalten, müssen sie allen Versuchen, wo und von wem immer sie ausgehen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Weiter wurde ein Antrag beschlossen, in dem die Verbände aufgefordert werden, die Durchführung des Gesetzes über die Gewinnbeteiligung und Teilnahme der Bergarbeiter an der Verwaltung der Grubenunternehmungen mit aller Entschiedenheit zu betreiben. Eine parlamentarische Aktion ist dieserhalb bereits eingeleitet.

Durch diese Beschlüsse haben die Bergarbeiter klar und deutlich gesprochen; sie haben ihre Bereitschaft bei der Sanierung der Krise mitzuwirken, zum Ausdruck gebracht. An der Regierung und den Unternehmern ist es nun, den Wünschen der Bergarbeiter zu entsprechen. Nur dadurch läßt sich der drohende Konflikt im Bergbau abwenden.

Die Verhandlungen zur Erledigung des Ostrauer Konfliktes werden am Montag im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag fortgesetzt.

**Beschlüsse der Konferenz von Portoroze.**

**Bereinigungen über den gemeinsamen Waggonpark.**

Portoroze, 18. November (Tsch. P.) Die Verkehrskommission nahm die Anträge des Unterausschusses für ein Interims-Regime des gemeinsamen Waggonparks an und beschloß, daß von Neujahr ab diese Waggons ungehindert im gesamten europä-

ischen Transportverkehr benützt werden können. Die tschechoslowakische Delegation machte diesen Beschluß von der Verpflichtung sämtlicher Staaten abhängig, die endgültige Verteilung im Laufe des nächsten Jahres vorzunehmen. Die Kommission nahm auch die Anträge für eine gegenseitige Anleihe von Verkehrsmitteln an.

### Nationalismus oder Pathologie?

Es lohnt wahrlich nicht der Mühe, sich des öfteren mit dem Prager Prejergewinn tollwütigen Chauvinismus, „Narodni Demokracie“ genannt, zu beschäftigen, doch da es sich in diesem Falle um den jetzt in Prag weilenden Dichter Gerhart Hauptmann handelt, so sei noch einmal auf dieses von den nationaldemokratischen Kapitalisten zur Schürung des nationalen Hasses herausgegebene Blättchen zurückgegriffen. Die Mitteilung, daß Gerhart Hauptmann in Wien gesprochen und in Prag aus seinen Werken vorlesen werde, brachte das Blatt unter dem schreienden Titel: „Eine großdeutsche Rundgebung Gerhart Hauptmanns.“ In Wien soll Hauptmann betont haben, „Deutschland bedeute für ihn nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch alle jene Gebiete, in welchen die deutsche Sprache gesprochen werde“, was man wohl nicht ausdrücklich als im politischen, sondern im kulturellen Sinne gemeint, erklären muß. Aber das genügt, um die „Narodni Demokracie“ schreiben zu lassen:

„Als Teil dieses Großdeutschlands steht Hauptmann offenbar („offenbar“! Am. d. Red. d. „S.“) auch unsere Länder und auch Prag an, denn auch bei uns wird dieser Verkünder des Pan-germanismus im Saale Lucerna vortragen. Während des Krieges war Gerhart Hauptmann einer der leidenschaftlichsten Verkünder eines hochmütigen Siegfriedens.“

Neberflüssig zu sagen, daß dies eine freche Lüge ist. Aber die Notiz tat insofern ihre Wirkung, als sich zur Vorlesung Hauptmanns, wie das Blatt berichtet, auch „eine große Zahl Tschechen“ einfanden. Aber die „Narodni Demokracie“ muß eingestehen: „Es war ein künstlerischer Gewinn auch für uns“. Da es nun für das Blatt über den „hochmütigen Siegfriedler“ Gerhart Hauptmann nichts zu schimpfen gibt, so giebt es die volle Schale seines Jornes wegen der erlittenen Enttäuschung über den „Sozialdemokrat“ aus, weil dieser es gewagt hätte, vom „englirnig-fanatichen Chauvinismus“ der „Narodni Demokracie“ zu sprechen. Das besorgt das Blatt in dieser Weise:

Der „Sozialdemokrat“ ist zweimal ein Deutscher dieser Sorte: hehrlich, unvertuschlich, aufgeblasen, eitel, bestrebt, die tschechische Nation herabzusetzen und bei jeder Gelegenheit zu verkehren, der vorberste Feind der tschechischen Freiheit und der staatlichen Selbstständigkeit. Wovon in dieser Beziehung „Bohemia“ und „Tagblatt“ sich eckeln, das besorgt in der rohesten Form der „Sozialdemokrat“, das Blatt der Fehlwel Lubendorfs, des Trepik, Helfferichs und Reventlows, mit dem Symbol der deutschen Unmenslichkeit, Wilhelm, zu Häupten. Ja! Das ist der „Sozialdemokrat“!

Offenlich fühlt sich die „Narodni Demokracie“ nach diesem Herzenserschau erleichtert. Im übrigen sind kalte Umschläge auf den Kopf (wenn vorhanden!) sehr zu empfehlen!

### Inland.

Der Versekungsprozeß der ungarischen Kommunisten. Der Versekungsprozeß der europäischen kommunistischen Bewegung hat auch auf die ungarische kommunistische Partei übergegriffen, welche unter der Führung des berühmten „Turbesians“, Bela Kun in der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung eine traurige Rolle spielte. Der persönliche Streit zwischen dem Moskauer Diktator Bela Kun und seinem Wiener Statthalter Eugen Landler endete mit dem Ausschluß und der Suspendierung einiger führender Parteimitglieder und mit der Ernennung eines neuen Exekutivkomitees aus Moskau. Die Begründung des Ausschlusses und der Suspendierung wirkt ein grelles Licht auf die kommunistische Moral. Ein gewisser Dr. Amre wurde ausgeschlossen, weil er in der Fünfsirchner Bewegung zu den jugoslawischen Annexionisten gehörte. Der gefeierte Volkskommisär Dr. Eugen Hamburger wurde suspendiert, weil ihn „in illegaler Arbeit der Verdacht eines schweren Verfassungsverstoßes, welches das Leben mehrerer Genossen kostete, ferner weil ihn der Verdacht einer schweren Abweichung vom kommunistischen Prinzip belastet, da er nicht-kommunistische Flugblätter verbreitet hat.“ Die Methode Hamburgers bildete aber in der ungarischen kommunistischen Bewegung die Regel. Die von Moskau neu ernannte Parteileitung stellt von der früheren Leitung fest, daß sie im Namen Hortihys, im Namen der Karlisten, im Namen der Erwachsenen Ungarn Flugblätter fabrizierte und auf diese Weise das Proletariat „desorganisierte“. Mit solchen Mitteln arbeitete die ungarische kommunistische Partei nicht nur in Rumungarn, sondern in allen Sukzessionsstaaten. Bei dieser Methode kann man sehr schwer feststellen, ob die z. B. in der Slowakei und in Karpathorugland tätigen Hortih-Agen-

### Furcht in Frankreich vor Deutschland.

Frankreich besteht auf Umwandlung der Waffenfabriken.

Berlin, 18. November. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Paris: Dem „Natio“ wird aus Berlin gemeldet, daß die Kontrollkommission trotz ihrer Vereingtheit, die Interessen der deutschen Arbeiter zu berücksichtigen, auf die Umwandlung der Waffenfabriken nicht verzichten könne. Der deutschen Regierung wird eine Frist von fünf Monaten gewährt, um diese Umwandlung zu bewerkstelligen. Die Kommission könne Deutschland nicht die „Möglichkeit lassen, die deutsche Bevölkerung zu bewaff-

nen. Sie zweifle nicht an der Loyalität der jetzigen Regierung, wisse aber nicht, wie die nächste Regierung anssehen werde. Die Nationalisten bemühen sich, die deutschen Arbeiter gegen Frankreich aufzuheben, indem sie ihnen sagten, daß auf das Verlangen der Interallierten Kommission 45.000 Arbeiter brotlos würden. Diese Zahl sei aber nach der Ansicht der Kommission falsch. Es brauchten nicht mehr als 10.000 Arbeiter entlassen zu werden und die übrigen in der Uebergangszeit von 5 Monaten leicht anderweitig beschäftigt werden.“

### Ein ungarischer Hochverratsprozeß in Brünn.

Brünn, 18. November. Heute wurde beim hiesigen Landesgericht der Prozeß in der Hochverratsaffäre Rudnay eröffnet. Den Vorsitz führt der Rat beim Obersten Gerichtshof, Haselestein, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Kun, die Angeklagten verteidigen die Preßburger Advokaten Dr. Stempel und Dr. Morawitz. Vor Eröffnung der Verhandlung stellten die Verteidiger den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit, der aber abgelehnt wurde. Der Angeklagte Bela Rudnay, geboren im Jahre 1887 zu Senio, stand seit dem Jahre 1906 in Diensten des magyarischen Staates. Er war Gauvorstand der Komitate Komorn und Hout, später Polizeihauptmann in Budapest und Abgeordneter in der magyarischen Nationalversammlung. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er im Jahre 1920 mit Kapitän Pal mach aus Budapest in Verbindung stand und im Banower und Honter Bezirk eine planmäßige irredentistische Organisation begründete, welche den Zweck hatte, mit Hilfe magyarischer Truppen die Slowakei von der tschechoslowakischen Republik

Loszureißen und sie als einen autonomen Teil Magyariens anzugliedern. Der zweite Angeklagte, Emmerich Dstas, gewes. Lehrer, ist im Jahre 1888 in Jaisowa geboren und nach Plats Moravee zuständig. Er wird beschuldigt, Rudnay bei seiner hochverräterischen Tätigkeit behilflich gewesen zu sein. Als Kurier diente beiden der Leuschauer Bürger Jurah Topercer, der mit Budapest Verbindung unterhielt. Der militärische Hauptatgeber war der magyarische Major Hubert, der mit Rudnay bei der Witwe Kordul in Leuschau geheime Zusammenkünfte hatte. Der Prozeß wurde mit dem Verhör Rudnays begonnen, der leugnete, gegen den tschechoslowakischen Staat eine Verschwörung inszeniert zu haben. Er habe Dstas ursprünglich nicht gekannt, er sei mit ihm in Preßburg zusammengekommen und seit der Zeit datiere seine Bekanntschaft mit ihm. Er stellt in Abrede, Dstas damit beauftragt zu haben, ein Feuer zur Herbeiführung der magyarischen Truppen anzuzünden, sowie die Geleise im Rücken der tschechoslowakischen Armee heranzureißen.

### Grubenhund eines Wiener scheinradikalen Glandablattes.

Wien laßt...

Wien, 18. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Der „Abend“ hat heute einen riesigen Grubenhund, über den ganz Wien laßt. Er veröffentlicht die Zuzrit eines angeblichen Assistenten der tierärztlichen Hochschule, der sich darüber beschwert, daß die Wiener sozialistische Gemeinde die Besitzer von Hundstuden nicht hoch genug besteuere und erzählt, daß bei einer angeblichen Ausstellung von Hundstuden die unglaublichen Preise für solche Hunde gezahlt würden, darunter für

einen kleinen, bissigen King's Charles Colbert (der Herausgeber des „Abend“ heißt Karl Colbert) ein wirklich unnützes Tierchen, welches durch sein unablässiges Gebläff unliebsames Aufsehen erregt, 600.000 K geboten wurden. Der Käufer ist umso lustiger, als „Der Abend“ dazu noch eine riesig lange Einleitung schreibt, in der er sich namentlich über das widerliche Hundengezieser bespricht, für das 600.000 K geboten wurden.

ten wirkliche Hortihisten oder verkappte Kommunisten sind. Und da Hortih mit ähnlichen Methoden arbeitet wie die Herren Hamburger und Indler, ist es auch sehr schwer zu konstatieren, ob die kommunistischen Agitatoren in der Slowakei wirkliche Kommunisten oder verkappte Hortihisten sind. So wurde in letzterer Zeit ein gewisser Dr. Janni, der einen Putsch in der Slowakei vorbereitete, entlarvt. Von Janni mußte das Blatt der Kommunisten „Nepizava“ feststellen, daß er „eine bekannte Gestalt der Arbeiterbewegung war“ und im Dienste Hortih's stand. Dieses Bild wird noch bunter dadurch, daß auch Regierungsspiegel sich in die Arbeiterbewegung der Slowakei eindrängen und sich dort als sehr radikale Kommunisten gebärden. Der Gärungsprozeß macht sich aber auch in der Arbeiterbewegung der Slowakei und Karpathoruglands bemerkbar. Der Führer der Karpathoruglischen kommunistischen Arbeiterbewegung, Moses Simon ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten und entlarvt seine früheren Kampf-Genossen in manchen Artikeln und offenen Briefen. In einem offenen Briefe z. B. erzählt er, daß ein in der Slowakei führender Rolle spielender Kommunist, Luserer, sich mit der Fälschung von Gewerkschaftsbüchern materielle Vorteile sicherte. Von einem anderen Führer, Miklaus Balint behauptet er, daß er ein Dieb war. Die Entlarvungen wehren sich zwar mit wüsten Beschimpfungen, sie können aber den Stabesammer der Moskauer, welcher bereits auch in der Slowakei und in Karpathorugland bemerkbar wird, nicht aufhalten.

Die Ruhnieder der Autonomie. Es ist noch nicht lange her, daß Vater Hlinka sein zentralistisches Herz entdeckt hat. Jetzt berührt er wiederum autonomistische Seiten. Im „Slovak“ will er sich reinwaschen vom Verdachte, daß die Autonomie der Slowakei vielleicht auch für die nationalen Minderheiten etwas bedeuten würde. „Die Autonomie“, schreibt der „Slovak“, „wird nicht für die Ungarn, sondern für die Slowaken gegeben. Die Tschechen haben sich nicht davor zu fürchten, daß die Ungarn von der Autonomie irgend einen Nutzen haben werden.“ Eine Autonomie, welche den Slowaken das autonome Recht der Unterdrückung sichert — das ist Hlinka's Ideal. Aber

das Recht der Unterdrückung wollen die Tschechen sich behalten. Dies trennt die slowakischen Autonomisten von den tschechischen Zentralisten.

Der Zensur schickt die tschechoslowakischen Kommunisten. Die berüchtigte Zensur in der Slowakei hat sich selbst übertriften. Das Blatt der ungarischen Sozialdemokraten „Munkosujak“ brachte den offenen Brief Desider Strelingers über die kommunistische Partei. Die Stellen des Briefes, welche auf die tschechoslowakischen Kommunisten Bezug hatten, wurden gestrichen. So z. B. der folgende Satz: „... weil mit der Verwaltung der illegalen Gelder in Brünn Dolzal und Grinnichova betraut wurden, die den geheimen Fond bis auf den heutigen Tag verwalten.“ Die Wege der Zensur sind unerforschbar. Der gute Mann dachte wahrscheinlich: Dolzal und Grinnichova sind zwar sündige Tschechen, aber doch Tschechen und von Tschechen dürfen Minoritätsvölker nur mit Ehrfurcht sprechen.

Preßfreiheit! Die Abgeordneten Beutel, Cerma, Grünzner, Kirpal und Genossen haben eine Interpellation wegen zweimaliger Konfiskation des „Volksrecht“ eingebracht. Das Blatt wurde am 31. Oktober 1921 bloß wegen eines Berichtes über eine Versammlungsbredel, in der der Redner der Abneigung der Arbeiterchaft gegen den Krieg Ausdruck gab, beschlagnahmt. Am 3. November wurde das „Volksrecht“ wieder wegen Wiedergabe eines untonifizierten Artikels des „Sozialdemokrat“ konfiszirt. Mit Paragraphen, die aus der Zeit des schwarzen Absolutismus stammen, wurde die Beschlagnahme seitens der Konfiskationsbehörde begründet. Die Interpellanten fragen u. a. den Minister des Innern und den Justizminister, ob sie bereit sind, an die Untergebenen Befehle zu erlassen, die Preßfreiheit zu wahren und derartige Konfiskationen nicht zu dulden.

Für die Kindergärtnerinnen. Die Genossinnen Kirpal, Deutsch und Blatny haben einen Gesetzentwurf über die Regelung der Gehalte und Rechtsverhältnisse der Kindergärtnerinnen eingebracht. In der Begründung des Gesetzentwurfes heißt es: Bis heute ist das Dienstverhältnis der Kindergärtnerinnen durch kein Gesetz geregelt, ihre Existenz nicht gesichert. Der Kindergärten ist ein wichtiges Glied in der Reihe der Erziehungsanstalten, in denen Kinder fürs Leben herangebildet werden. Gerade der Kindergärten hat mehr

wie alle anderen Erziehungsanstalten neben seiner erzieherischen und sozialen Aufgabe zu lösen. Der Dienst der Kindergärtnerinnen ist nicht minder aufreibend und nicht minder schwer, wie der jeder anderen Lehrgangruppe. Während aber die Dienstverhältnisse der Lehrerschaft an allen Schulanstalten geregelt sind, ihre Existenz, wenn auch nur im bescheidenen Ausmaße, durch Einrechnung in die Gehaltsstufen nach dem Schema der Staatsbeamten gewährleistet ist, hat das Dienstverhältnis der Kindergärtnerinnen bis heute keinerlei Regelung erfahren. Sie sind ganz der privaten Ausbeutung überliefert und es gibt heute noch Frauen, die für ihre Erziehungstätigkeit in Kindergärten im Gehalt von einhundertachtzig Kronen im Monat beziehen. Der Kindergarten ist keine Anstalt nur für die besser situierten Schichten, der Großteil der Zöglinge gehört den Arbeiterkreisen an, die zu seiner Erhaltung materiell nichts beitragen können. Es ist darum Pflicht des Staates, die Frage für die Erhaltung der Kindergärten zu übernehmen und sie nicht von den ohnehin überbürdeten Gemeinden und der privaten Wohltätigkeit erhalten zu lassen. Der vorstehende Antrag bezweckt die Sicherstellung der Erhaltung der Kindergärten und seiner Lehrerschaft.

### Ausland.

Das „Pravo Lidu“ über die Aktion der deutschen Gewerkschaften.

Zu der Art, wie die gesamte Arbeiterchaft des deutschen Reiches die Frage der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen lösen will, erklärt das Abendblatt des „Pravo Lidu“ von Donnerstag, daß durch die gemeinsame Aktion der sozialistischen Arbeiterchaft aller Gruppen, von der wir in unserer Mittwochnummer berichtet haben, das deutsche Wirtschaftslieben auf den Weg der Sozialisierung getrieben wird. Die Anträge zur Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Krise in Deutschland, welche der Allgemeine Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund am Dienstag der Regierung vorgelegt haben, seien von weitreichender Bedeutung. Denn sie bedeuteten nichts anderes als den Beginn der Sozialisierung jeglicher Produktion und eine weitreichende Beschränkung des privaten Eigentumsrechtes. Und es sei interessant, zu beobachten, daß ein großer Teil der Einwohnerschaft des Deutschen Reiches dieser von der Arbeiterchaft beantragte Lösung der Krise zuneige. So greife denn die Arbeiterchaft überraschenderweise in die Neuordnung der wirtschaftlichen Struktur des Deutschen Reiches ein. Der Kapitalismus, der durch seine verhängnisvolle eigensüchtige und blutgierige Politik Deutschland an den Abgrund des Verderbens geführt habe, zeige sich machtlos, unverwundlich und gierig auch jetzt, wo es um die wirtschaftliche Katastrophe des ganzen Reiches gehe. Da komme die Arbeiterchaft als Retter. Nach der Aera des verderblichen Kapitalismus beginne die Aera des Sozialismus. So wie es in Deutschland sei, werde es auch anderwärts kommen.

Eine rumänisch-ungarische Personalunion.

Während der Karls-Krise fiel die maßvolle Haltung Rumäniens allgemein auf und wurde gleich damals mit den Hoffnungen begründet, die sich der rumänische König auf den Thron Ungarns mache. Ein bulgarischer Diplomat plaudert nun in der „Bosfidien Zeitung“ einiges über die Drahtzieher bei diesem Pläne aus und da erfährt man, daß er eigentlich schon recht alt ist. Als die rumänischen Truppen Budapest drei Monate lang besetzt hielten, soletierte der siebenbürgische Hochadel, die Befehle, Pauff, Tefelt usw. mit der Personalunion und auch die heutigen „Legitimisten“ hielten zu derselben Fahne. Hofften sie doch als geriebene Politiker, im Senat, und als die gewandtesten Häftlinge, in der Königsburg bald das große Wort führen zu können. Nach dem Abzug der Truppen zerschlug sich der Plan, doch im Dezember 1920 nahm ihn Tafe Joneacu, um seine konservative Phalanx zu stärken, wieder auf und machte ihn zum Keimzelle einer großen außenpolitischen Kombination: Ungarn, Rumänien, Polen, Griechenland, die Tschechoslowakei und Südbawien sollten zu einem großen Bund der Nationalstaaten mit der Spitze gegen Deutschland und Rußland zusammengeführt werden — eine Mitteilungs-Übrigens, die den ahnungslosen Engel Dr. Benesch aufs höchste überraschen muß, da in jeder Spitze gegen Rußland und Deutschland vollkommen fernliegt. Nun während der Karls-Krise tauchte die Idee zum drittenmal auf, wieder als Liebkind der Reaktionsäre. Weder die Bauern, die von der Konkurrenz des zweiten Staates nichts mehr wissen wollen, noch die rumänischen Demokraten sind für sie zu haben. Aber im Vojarenstaat haben sie nicht viel zu sagen, wie in Ungarn, hat auch dort der Adel das Heft in der Hand.

Rußland und die Gärung in Indien.

England führte bei der russischen Regierung darüber, daß diese die Aufrührer in Indien unterläße. In seiner Antwort wies die Sowjetregierung zurück und erklärte, die Sowjetregierung sei für die hiergehörigen Bedingungen der dritten Internationale nicht verantwortlich. So sehr man auf die Vermittlungen Englands, Indien im Zaume zu halten, als kapitalistischen Kampf um ein reiches Ausbeutungsgebiet werten muß, so richtig ist

Der Einwand des englischen Außenministers, daß Litwinows Antwort eitel Ausflucht und Spiegelfechtere sei. Eine so sophistische Auseinandersetzung der ganzen Welt tunstig zusammenhängen, ist dem Arsenal ältester Diplomatenkunst entlehnt und widerspricht darum allen Begriffen aufrechter Männlichkeit. Als Repräsentant eines proletarischen Staates hätte Litwinow sie sich nicht dürfen zuschulden kommen lassen.

### Tages-Neuigkeiten.

**Die schamige Bourgeoise.** In Berlin hat man Schmitzlers Szenenfolge „Der Reigen“ aufgeführt, wozu der Staatsanwalt, wie das nun schon mal seine Art ist, und ihm jetzt bei den Verhandlungen von dem Angeklagten, Direktor Stadel, ausdrücklich attestiert wurde, von Anfang an energisch die Werbetrümmel gerührt hat. Nachdem der Herr Staatsanwalt als der Geist, der stets verneint, wieder mal das Gegenteil erreicht hat, organisierte ein Herr Professor Brunner das Aergernis, das sittliche Schamgefühl und die Publikumsenttäuschung. Dabei fiel er und mit ihm das Gericht hinein. Die Zeugnisaussagen waren einigermassen grotesk und verschiedene Künstler nicht auf den Kopf gefallen. So konstatierte ein besonders musikalischer, daß die zum Reigen gespielte Musik unästhetisch sei. Der Komponist aber hatte die Musik im Jahre 1907 als einen Totenmarsch komponiert. Ein anderer Zeuge hat immer voll Entsetzen an seine Tochter gedacht, die so etwas sehen könnte — die Tochter ist gerade 4 Jahre alt. Ein Herr Lehrer nahm besonders Anstoß, daß „der junge Herr vorher soviel Kognak trinkt“. Der Herr Direktor der evangelischen Mission wiederum findet es anständig, „daß der Graf nur den Säbel abschneidet“, das erscheint ihm als eine „Verschiebung“. (Was hätte er noch abschneideln müssen, um offen zu sein?) Wieder ein anderer Lehrer ist darüber empört, daß eine Schauspielerin ihre Bluse zuknöpfte, hat aber nicht gesehen, ob die Bluse vorher offen war, ein Verurteiltes, das ihm wohl den Anstoß zur Enttäuschung gegeben hat. Die Frau Hauptmann Müller nahm Anstoß daran, „daß unserer Jugend solche Stücke vorgesetzt werden.“ Deshalb hat sie ihre Kinder zwanzig- und einundzwanzigjährigen Schme mit in die so mißliche Gerichtsverhandlung genommen. Der Vorsitzende bemerkte mit Humor, „also zu ihrer weiteren Ausbildung“. Die Liste ließe sich verlängern, es genügt auch so. Ob die Aufführung des „Reigen“ vom künstlerischen Standpunkt aus nötig und empfehlenswert war, ist eine Frage für sich. Die ständig sich wiederholenden Prozesse gegen die „unästhetische Kunst“ zeigen, wie die Reaktion auf allen Gebieten siegreich voranschreitet und sogar die Vorkriegszeit an Mordertum übertrifft. Die sittliche Entrüstung der Bourgeoisie über die Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes hat sich bis jetzt noch nicht gezeigt. Ihre so leicht erregbare Schamröte ist offenbar nur auf Kunstprodukte und Szenarität eingestellt, vorausgesetzt, daß sie nicht unter scheinenden Decken vor sich geht!

**Zuchthausstrafen gegen Schlemmerei in München.** Ein bayerischer Gefangenenschriftsteller — so meldet das Wolffbüro — sieht gegen Schlemmerei Gefängnisstrafen und Geldstrafen bis 200.000 Mark, im Wiederholungsfall eventuell Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren und Re-

denstrafen vor. Es wäre sehr interessant, genau zu erfahren, was sich die bayerische Regierung eigentlich unter Schlemmerei vorstellt. Wir waren zum Beispiel bisher der Meinung, daß das bekannte Münchener Typen, die ihr halbes Leben im Löwenbräu mit Saufen und Treffen verbringen, mustergültige Schlemmer sind. Sollen wir nun annehmen, daß man das ganze Brauhaus räumen und mit ihren Insassen ins Zuchthaus übersiedeln wird, um dem Gesehe Genüge zu leisten? Will man von nun an jeden Münchener Bourgeois, der sich eine Nacht hindurch bei Bier und Braten die Seele mit „Seil Rupprecht“ heiser geschrien hat, mit 200.000 Mark bestrafen? Solch Vorhaben der bayerischen Regierung wäre sicherlich überaus löblich, wir wären damit ganz einverstanden — wenn wir daran glaubten. Skeptiker, die wir sind, wollen wir also warten, bis der erste Münchener „Schlemmer“ vor Gericht erscheint. An ihm erst wird zu erkennen sein, gegen wen sich das geplante Gesetz richtet und ob es ernst zu nehmen ist.

**Zum Jubiläum der Genossin Altmann** wird uns noch geschrieben: In diesen Tagen feiert in Peiperz bei Bodenbach Genossin Anna Altmann das Jubiläum 50jähriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Genossin Altmann gehört zu jenen bewährten Streikern des Proletariats, die an der Wiege der sozialistischen Arbeiterbewegung in Böhmer gebunden sind und von deren Kindheitsjahren an bis heute am Aufschwung der Arbeiterklasse Anteil nehmen konnten. Diese unbewährten Kämpfer sind selten geworden. Die unerschöpfende Größe der Arbeiterbewegung bringt täglich neue Kräfte in die Partei. Anna Altmann war die erste Genossin, welche im alten Oesterreich die proletarischen Frauen aufrief zu politischer Aktivität an der Seite der Männer. In ungezählten Versammlungen haben ihre werbenden Worte für den Aufbau der Organisation, für den Sozialismus gewirkt. Von der Behörde ständig beobachtet, stand Genossin Altmann siebenmal wegen politischer Vergehen vor dem Richter, fünfmal erhielt sie Strafen. Sie hat mit Freude jedes Opfer für die Partei gebracht, trotzdem sie keinen sorgenfreien Tag in ihrem Leben gekannt hat. Von den sechs Kindern, die ihrer Ehe entsprossen, hat sie fünf verloren. Heute noch, als Siebzehnjährige, nach fünf Jahrzehnte ununterbrochener politischer Tätigkeit wirkt sie als Vorsitzende der Frauensektion ihres Wohnortes. Die Tätigkeit der Genossin Altmann begann im Jahre 1871. Achtehn Jahre vor Hainfeld, als die Wellen der sozialdemokratischen Agitation in Deutschland über die Grenzen des alten Oesterreichs schlugen, fand sie das erste Mal vor den Arbeitern. Zum Hainfelder Parteitag wurde sie delegiert, aber erst 1894 konnte sie auf dem ersten Parteitage in Wien erscheinen. Damals hatte schon die Arbeiterbewegung ihren Anfang genommen, dem in Oesterreich (einschließlich der Sudetenländer) ein prächtiger Aufschwung folgte. Seither hat Genossin Altmann viele Parteitage mitgemacht. Ein bemerkenswerter Teil ihrer Erinnerungen ist in dem 1910 erschienenen Buche „20 Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung“ von ihr selbst unter dem Titel „Blätter und Blüten“ veröffentlicht. Wir lesen dort von 16stündiger Arbeitszeit, Kinderarbeit vom sechsten Lebensjahre an, siebzig Jahre Wochenlohn, von Maßregelungen, Verfolgungen und trotzdem — langjamter, ununterbrochener Kämpfe. Damals im Jahre 1910, forderte Genossin Altmann das Wahlrecht für die Frauen. Sie hat es noch miterlebt, wie sich Stück für Stück der Forderungen

erfüllt, abgetropft der bürgerlichen Gesellschaft, wie Stein auf Stein zusammengetragen wird, zum Baue des herrlichsten Gebäudes, des Sozialismus. Samstag, den 19. November veranstalteten die Parteigenossen in Peiperz im Einvernehmen mit der Bodenbacher Bezirksorganisation eine interne Feier, bei der auch der Parteivorstand, das Frauenratskomitee, Kreis- und Bezirksorganisation vertreten sein werden.

**Ein deutsch-böhmisches Grenzbild.** Ein deutsch-böhmischer Genosse, der soeben in Berlin eingetroffen ist, erzählt in „Vorwärts“: Der Zug, mit dem wir gewöhnlich von Reichenberg nach Bittau fahren, ist in vollem Gegensatz zu normalen Zeiten so überfüllt, daß wir stehen müssen. In der letzten böhmischen Station Grottau wird die Paghude, in der auch Grenzverehrliche ausgestellt werden, derart gestärmt, daß ein mildes Durcheinander entsteht, zumal sie auf Massenbetrieb nicht eingerichtet ist. Mit rollenden, gierigen Augen drängen sich die Frauen nach Deutschland hinein, um mit der so rasch von einer halben Mark auf zwei Mark achzig gestiegenen Krone billig zu kaufen. Ein paar Schuhe 400 Mark? Das sind ja nur 120 Kronen, und in der tschechischen Republik kosten sie 400 Kronen. Freilich, die deutschen Zollbeamten jagen den Leuten gleich, daß heute nichts mit hinübergenommen werden darf. Aber viele sind schon drüber, es gibt auch Fußwege, und immer ist's nicht so streng gewesen, seitdem die Krone so stieg. Dabei stehen die Leute all mit dem Herzen zu Deutschland — — — allein die Valuta lenkt keine Rücksichten mehr; bei den einen ist es der Drang, sich aus der Not zu helfen, daheim Unersehentliches billig zu erwerben, bei den anderen ist der Raubiergeist erwacht, oder sie kaufen, um drüber mit Gewinn — und doch noch wohlfeil zu verkaufen!

**Wieder ein schwacher Lichtblick.** In der Vorwoche sprach eine Abordnung der Gemeinden Niedersdorf und Neudorf (Bezirk Landskron) beim Bezirkshauptmann vor, um ihn um Schutz für die Schulen dieser Gemeinden zu bitten. Die Schule in Niedersdorf war nämlich in eine Winterexpositur und die Neudorfer zweiklassige Schule in eine einklassige umgewandelt worden. Der Bezirkshauptmann anerkannte, daß sechs- bis achtjährige Kinder nicht den vier Kilometer langen beschwerlichen Gebirgsweg nach Neudorf täglich zurücklegen könnten und versprach, die Angelegenheit zu befürworten. Noch bemerkenswerter ist, daß auch die rein tschechische Gemeindevertretung von Niedersdorf die Notwendigkeit der dortigen deutschen Schule anerkennt und dies auch in einem Beschlusse offiziell zum Ausdruck brachte. Die Gemeinde Niedersdorf hat nämlich, obwohl dort eine sehr starke deutsche Minderheit vorhanden ist, eine rein tschechische Gemeindevertretung, da die Deutschen zu spät eingegeben hatten. Das gegenseitige Einvernehmen der beiden Nationen in der Gemeinde Niedersdorf — so wird uns berichtet — ist überhaupt sehr gut.

**Die Kollage in den Grenzbezirken.** Die Abgeordneten Dr. Holliszer, Hausmann und Palme intervenierten heute beim Ministerpräsidenten wegen der durch den Marktsturz entstandenen Kollage der in den Grenzbezirken wohnenden und in

Deutschland beschäftigten Arbeiter. Auf ihre Darstellung der unhaltbaren Verhältnisse gab der Ministerpräsident die Zusage, sofort die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen zu wollen. Es werden sowohl die tschechoslowakischen Grenzkontrollorgane angewiesen werden, beim Herüberbringen von Lebensbedarfsartikeln aus Deutschland weitgehende Liberalität walten zu lassen, als auch umgehend bei den Behörden in Deutschland mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß man ungeachtet der durch die Lage erforderlichen Schutzmaßnahmen den Einkauf und das Herüberbringen der Lebensmittel über die Grenze in einem bestimmten Ausmaß gestatte. Abgeordneter Hausmann brachte hierauf die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf die Saisonarbeiter zur Sprache. Nach dem Gesetze kann eine solche durch Regierungsverordnung gewährt werden. Die Abordnung verlangte, daß der Ministerpräsident so rasch wie möglich einen diesbezüglichen Beschluß des Ministerrates herbeiführe, was der Ministerpräsident in Aussicht stellte. Es ist zu hoffen, daß dieses Versprechen erfüllt werden wird.

**Trennung von Kirche und Schule.** Der Landeskroner Ortschulrat faßte den einstimmigen Beschluß auf Trennung von Kirche und Schule und setzte hiebei die zuständigen Stellen in Kenntnis.

**Der Amtschimmel.** Ein Landeskroner Genosse erzählt uns folgende Begebenheit, die ihm in Pilsen auf seiner Durchreise passierte. Beim Fahrkartenschalter verlangte er irrtümlich ein Billet nach Furth im Walde anstatt nach Staab. Nach beim Schalter bemerkte er seinen Irrtum und verlangte von der Beamtin den Umtausch der Karte oder Rückerstattung des Unterschiedes im Fahrpreise. Die Beamtin erklärte jedoch, daß dies nicht gehe, weil sie sofort abgelöst werde, und obzwar der Zug bereits abfahrtsbereit stand, mußte der Genosse ins Verkehrsamt gehen, wo man ein genaues Protokoll mit ihm aufnahm. Dann erhielt er einen Schein, gegen den er dann erst bei der Kassa die gewünschte Karte erhielt. Als er dann glücklich auf den Bahnsteig kam, fuhr der Zug gerade weg. — Es ist fraglich, ob man hier der nachlässigen Beamtin oder dem Amtschimmel oder beiden die Schuld geben soll.

**Ein sonderbarer Polizeibericht.** Der gestrige Polizeibericht meldet: Auf dem Wenzelsplatz wurde heute die 19jährige Jüdin Marie Zauser aus Wien, welche von Geschäft zu Geschäft ging und im Laufe des Vormittags 120 Kronen erbeutete, angehalten. Die Zauser kam aus Wien in die Republik ohne Dokumente. — Kurz darauf wurde ebendort die 59jährige Bettlerin Marie Zerabel aus Pilsen erfaßt, bei welcher 769 Kronen vorgefunden wurden, welche gleichfalls erbeutet waren. Beide Bettlerinnen wurden in das Sicherheitsdepartement eingeleitet. — Der Polizeibericht findet es für nötig, bei der aus Wien zugewandten Bettlerin die Konfession hervorzuheben. Daß diese allein für das Bettlerhandwerk keine Legitimation abgibt, zeigt die angeführte Stelle selbst. Im Interesse des europäischen Anstrichs, den man sich hiezulande so gerne gibt, wäre es freilich gelegen, den Polizeibericht von dem an vorrevolutionäre russische amtliche Berichterstattung gemahnenden Stil zu säubern.

**Verteuerung des Straßenbahntarifs in Wien.** Wien, 18. November. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom soll auch die angekündigte neue erteilte Verteuerung der Straßenbahntarife

### Feuilleton.

#### Die Hanna.

Von J. J. David.

„Während sie fort waren, hab' ich allerhand angeordnet an unserer Einrichtung. Sie war, wie sonst bei Bauersteuten; nur für viel Licht hab' ich gesorgt, und was mir nicht gefallen hat, weil es den Raum vernarrt oder nicht hübsch ist, das ist eben weggeblieben und anderes dazugekommen. Sehr wohl, sehr heimlich und freundlich hat's ausgefallen bei uns. Ein jeder, der gekommen ist, hat den Unterschied gemerkt, und keiner konnte sagen, worin er eigentlich war.“

„Und wie sie zurückgekommen ist, so hat sie freilich gestaut. Aber sehr gefallen hat es ihr auch, und sie hat sich zu Haus gefühlt und zurecht gefunden, sowie sie ihren Rosenkranz beim Weihbrunnfestchen an der Türe aufgehängt hat, und fängt mit einer ordentlichen Lust zu wirtschaften an. Und das hat sie verstanden, wie eine, ganz ohne Wesen und ohne Böhm. Niemals konnte sie müßig sein, und immer war sie ohne Eifersucht. Und überaus lauer auf sich und auf alles was sie, und ich habe kaum verstanden, wie man in einem Hausstande gar so wenig Geld verbrauchen kann.“

„Ganz besonders war dieses merkwürdig an ihr, wie nämlich die Tiere an ihr gehangen sind. Da war mein Esel, den ich doch schon lange genug gehabt hab', noch dazu, wo wir zwei allein zusammen in den Besten gewesen waren, daß er, klug wie er ist, sich

hätte merken können, zu wem das er eigentlich gehört. Der ist ihr nicht von der Seite; überall ist er ihr nachgelaufen und hat gebellt, damit sie ihn schont.“

„Es hat ja auch Verdruß gegeben. Wo denn nicht, wenn man miteinander leben muß? Aber er hat sich niemals gehalten. Immer hat sie eingelenkt, so geschicklich, daß man nicht schmolzen konnte; und sie hat sich wohl gedacht: er ist kurios, gut! Aber er ist halt von einem andern Geschlecht, das ich nicht so ganz versteh', und er hat Raupen im Kopf, die man nicht tören soll. Denn es werden vielleicht über eine Zeit schöne Schmetterlinge daraus.“

„Hat sie Zeit gehabt, so hat sie mir gern zugehört, wenn ich gezeichnet hab' oder radier. Denn ich hab' immer neues probiert, weil nur der eine Kunst kann, der mindestens Bescheid weiß in allem, was zu ihr gehört. Und weil ich zufriedener war, wie nicht seit langem, weil mir das neue Wesen um mich Späß gemacht hat und ich froh war, endlich einen Menschen um mich zu haben, der zu mir gehört und sich um alles kümmern muß, was mich angeht, so ist mir manches besser geraten, und mir war recht wohl.“

„Einmal frag' ich sie: „Möchtest mir denn nicht helfen, Hanna?“

„Möcht' ich! Sehr gern,“ ganz hastig. „Aber, ich kann's doch nicht.“

„Könntest du schon.“ Und ich sah sie eigen an. Sie wird rot und betäubt und läuft aus dem Zimmer, und ich hab' ihr wieder eine Zett Ruhe gegeben, weil ich erkannt habe, sie will durchaus nichts davon wissen.“

„Ich bin gern auf die Jagd gegangen. Es ist mir nicht ums Zehnen gewesen, trotz

meiner sehr sicheren Hand. Aber mir hat das Herumsteigen in den letzten Feldern Spaß gemacht; und die Rebellstimmungen, die alles so verzerrt und anschwellen lassen, hab' ich gern gehabt. Und nach Neden hat es uns beide nicht viel verlangt. Sie hat doch ihre Eltern und ihre Verwandten gehabt und ich ganz in mir meine Gedanken und meine Pläne, und ich hab' niemals geglaubt, ich könnt' noch einmal so allein werden, wie ich bin und bleiben muß.“ Er brach ab. Und es war eine große Würdigkeit an ihm, und es suchte in seinem Gesicht.

„Ich fuhr auf: „Du erregst dich zu sehr, Peterlita.“

Er nickte: „Gar sehr in' ich's. Aber das macht nichts mehr. Jetzt geht's zum Ende. Und man will's hinter sich haben, hat man einmal angefangen davon.“ Und ganz tonlos fuhr er fort:

„Also — sie hatte ein Auge, so richtig, wie keines. Verstanden hat sie ja nichts von den Sachen. Woher und wie denn? Die Heiligenbildchen, die der Herr Katechet schenkt, sind keine richtige Vorlesung. Das muß man ja doch auch lernen von allem Anfang an. Aber ob eine Linie gezogen war, wie sie sein soll und wie sie in der Natur ist, da hat man auf sie schwören können. Ich hab' mich manchmal geärgert, und immer wieder hab' ich hernach gesehen: sie hat recht, und mich hat mein Gedächtnis eben für einen Narren gehabt.“

„Es ist auch geschähen, wenn mir etwas nicht zusammengeworfen ist und ich hab' mich recht unwirksam aufgeführt in meinem Horn, weil man doch zwingen möchte, auch was schwer ist, daß sie das Richtige getroffen hat, wie es zu machen wäre, mit einem einzigen Wort, nur weil sie

unbefangen war. Oder daß sie sich schon gar keinen Rat gewußt hat und sie hat gesagt: „Florjan, du mußt mir ja Kopfweh kriegen vom Denken! Florjan, wenn ich dir helfen könnt'.“

„Es fährt wieder aus mir heraus: „Du willst doch nicht, Hanna.“

„Sie wird sehr traurig und juckt zusammen, weil sie es erkennt, wie fest der Gedanke sitzt in mir und daß ich immer wieder darauf komme. Sie entgegnet kein Wort, geht zu ihrer Arbeit und kommt Tage nicht zu mir.“

„Dieses hätte sie nicht tun sollen. Denn das war nur geredet, und mit Liebe hätte sie's vielleicht dem bösen Gedanken abgeronnen, der immer härter in mir zu wühlen und zu graben angefangen hat.“

„Chnedies, das weißt du ja, der Winter ist eine schlimme Zeit für einen Künstler. Denn er braucht viel Licht und kann nicht arbeiten ohne das. Weißt er schon, was er will, so macht ihm das nichts. Denn was man eigentlich getroffen hat, das wird einem wieder geraten, und Pausen müssen immer und überall sein.“

„Wenn man aber das Gefühl hat, man ist noch nicht darauf gekommen, was man eigentlich könnte, so ist das sehr böse und traurig. Denn von überall her erwartet man sich die Offenbarung und wird unwillig und voll Horn gegen sich alles, wenn sie nicht kommt. Und sie läßt sich nicht einmal mit keinem Mittel zwingen, und ich hab' mir oft gedacht, späterhin, wie alles vorüber war: das ist wie damals, wo Moses in seinem Groll und in seinem Zweifel gegen die Felsen geschlagen hat, es kommen die Haberwasser, von denen wir in der Theologie gelernt haben, und wer von ihnen trinkt, der muß des Todes sterben.“

(Fortsetzung folgt.)

nachgeführt werden. Wie die Abendblätter aus dem Rathause erfahren, dürfte das Ausmaß der Erhöhung ungefähr ebenso groß sein, wie bei der Preisfestsetzung für den elektrischen Stromverbrauch und etwa 80 Prozent des gegenwärtigen Preises von 16 K betragen. Demnach wird ein Fahrchein 30 Kronen kosten.

Ein Soldat erschießt seine Gattin. Gestern um 1 Uhr früh meldete Anna Barus aus Hlobetin auf der Wachtube in Wjotschan, daß ihre 35jährige Tochter Marie Liba aus Hlobetin von ihrem Manne Alois Liba, der bei dem 5. Sentierement in Karolinenthal als Soldat dient, als sie um 6 Uhr früh in die Arbeit ging, überfallen und aus dem Dienstwege in die linke Schulter geschossen wurde. Nach ärztlichem Urteil war dieser Schuß tödlich, denn die Kugel drang rückwärts unter dem rechten Schulterblatt aus dem Körper. Unbekannte Frauen überführten die angeschossene Liba in einem Wagen nach Wjotschan zum Arzt, der den eingetretenen Tod konstatierte. Der Mörder flüchtete nach der Tat, stellte sich aber später dem Regimentkommando in Karolinenthal. Die Ursache der Tat sind zerrütete häusliche Verhältnisse.

Müßerbischer Lebensfall. Am 11. November kamen gegen 6 Uhr abends in das Geschäft des Josef Lauffig in Kisch drei Männer, von denen der eine das Gesicht eingewickelt hatte und von Lauffig ein Glas Rum verlangte, weil ihn angeblich der Zahn schmerze. Während Lauffig dem Rum einfügte, sperrten die beiden anderen Männer die Tür des Ladens zu, einer von ihnen zog einen Revolver und der andere ein kurzes Gewehr, aus welchem er gegen Lauffig einen Schuß abgab. Dieser wurde im Gesicht unter dem linken Auge getroffen und fiel sofort zu Boden. Zwei Männer liefen dann in die Wohnung hinter dem Laden, wo sich das Dienstmädchen Antonie Keumann befand. Dieses begann zu schreien, einer der Männer aber schlug sie mit einem Gegenstand auf den Kopf und verstopfte ihr den Mund mit einem Tuche, um sie am Schreien zu hindern. Die Dienerin hörte doch die Schreie Lauffigs Marie, welche aus der Küche ins Zimmer gelassen kam. Einer von den Männern zwang sie aber, sich zu setzen und band ihr die Hände fest. Inzwischen sperrten die anderen Täter die Wohnung ab, durchsuchten alles und raubten ungefähr 10.000 Kronen, worauf sie davonliefen. Lauffig, der schwer verletzt ist, wurde ins Madonnen Krankenhaus gebracht. Nach den frechen Räubern wird gefahndet.

Mord und Selbstmord. Am 14. d. M. erschoss der Arbeiter Wenzel Dusch aus B.-Trübau seinen fünf Jahre alten Sohn Wenzel, dann verlor er schwer seine sieben Jahre alte Tochter Anna und verlor die 37-jährige Arbeiterin Rosa Kvasil und deren Freundin Emilie Soudova zu erschließen. Diese verlor er aber nur leicht. Hieraus erschoss er sich selbst. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Opfer der Arbeit. Der Bahnarbeiter Josef Kreutzl aus Wlawa bei Wittingau, Vater von fünf unversorgten Kindern, war am 5. d. in einem nahen Steinbruch beschäftigt. Das Schießpulver, das er verwendete, explodierte und dem armen Manne wurden beide Augen ausgebrannt. Er ist in das Prager allgemeine Krankenhaus geschafft worden.

Die reaktionäre Reichswehr.

„Trene der Republik“: Schallendes Gelächter. Berlin, 18. November (Tsch. B.) Die „Freiheit“ meldet auf Grund eines Berichtes der Münchener „Morgenpost“: Seit einiger Zeit findet in Grafenwörth eine Truppenübung der bayerischen Reichswehr statt. Reichswehrminister Geßler hielt vor den Offizieren eine Ansprache und machte sie aufmerksam, daß sie der Republik den Eid geleistet hätten und daher verpflichtet seien, die Republik zu schützen. Bei dieser Stelle der Rede Geßlers brachen die Offiziere in ein schallendes Gelächter aus. Im Zusammenhange damit scheint es zu stehen, daß der Führer des Wehrkreiskommandos 7 in München, General Wöhl, als ihm Dienstag befohlen wurde, in Berlin zu erscheinen, die Antwort gab, er komme nicht, weil man ihm mitgeteilt habe, daß man ihn in Berlin verhaften wolle. Die „Freiheit“ verlangt, daß der Reichswehrminister sich zu diesem unerhörten Vorgange äußere.

Gnade den Lebenden.

Berlin, 18. November. Dem „Vorwärts“ zufolge sind Bestrebungen im Gange, um die kommunistische Partei Deutschlands mit der kommunistischen Arbeitergemeinschaft von der Richtung Levi wieder zu vereinigen. Wie dem Blatte von gut unterrichteten Kreisen im Landtage berichtet wurde, soll Nadel zu diesem Zwecke in Berlin eingetroffen sein. Allerdings soll Moskau darauf bestehen, daß Levi selbst ausgeschlossen bleibt.

Die russische Hungersnot.

Moskau, 17. November. (Tsch. B. B.) Im Gouvernement Orenburg sterben täglich bis zu 800 Personen infolge Hungers. Die erste Sendung der Arbeiterhilfsaktion in Petersburg eingetroffen. Moskau, 18. November. In Petersburg ist die erste Sendung der internationalen Arbeiterhilfsaktion, bestehend aus 300 Tonnen Lebensmitteln, eingetroffen. Auch 100 Tonnen Material zur Errichtung von Feldküchen sind eingelaufen. Die Hilfe Frankreichs. Paris, 18. November. (A.S.) Der Senat hat den von der Kammer beschlossenen Gesetzen

wurde, betreffend des 6-Millionen-Franken-Kredits für die Hungernden Russlands, mit 230 gegen 10 Stimmen angenommen.

Eine Folge des Bruderkampfes.

Ein deutschnationaler Stadtverordnetenvorsteher in Berlin.

Berlin, 18. November. In der neugewählten Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde zum Stadtverordnetenvorsteher das Mitglied der deutschen Volkspartei Dr. Wilhelm Caspary mit 118 Stimmen, also fast allen bürgerlichen Stimmen, gegen 74 Stimmen, die auf den Kandidaten der sozialistischen Partei entfielen, gewählt. Die Kommunisten haben sich an der Wahl nicht beteiligt.

Die nächste Wiedergutmachungsrate.

Paris, 17. November. Der „Temps“ meldet, daß die Wiederherstellungskommission die Untersuchung, die sie in Berlin ausführen wollte, beendet hat und Ende dieser Woche nach Paris zurückkehren wird. Das erste a-Konto der Garantiezahlung, welches am 15. November fällig wurde, ist bezahlt, und zwar in der Höhe von 45 Millionen Goldmark. Die zweite Zahlung ist am 1. Dezember fällig und wird 85 Millionen Goldmark betragen. Diese beiden Konten werden auf die am 15. Jänner fällige Wiedergutmachungsrate verrechnet.

Konferenz von Washington.

Das Chinesische Problem.

Washington, 17. November. (Havas.) In der heutigen nichtöffentlichen Sitzung empfahl Hughes die Wiederaufrichtung Chinas, dieses Landes von aller Zivillisation und großer Arbeitskraft und wies auf die Notwendigkeit hin, im Fernen Osten den Grundsatz der offenen Tür aufzustellen. Er erkannte jedoch an, daß Japan sich an der Schwelle Chinas befinde und schien sich geneigt zu zeigen, Japan eine Art Sonderstellung einzuräumen. Die britischen Delegierten erklärten, daß sie der Politik der offenen Tür in China vollaus zustimmen, die der chinesische Delegierte in seiner Erklärung vor dem Konferenzauschuß auseinandersetzte. Großbritannien betrachtet die Einflußsphäre als veraltet und für moderne Verhältnisse unbrauchbar. Die britische Ansicht geht dahin, daß das englisch-japanische Bündnis von keinem der chinesischen Vorschläge berührt wird, doch begrüßt Großbritannien jede Art von Vereinbarung zwischen den Großmächten oder vielmehr ein Abkommen, das sich auf Amerika, Japan und Großbritannien beschränkt, um den englisch-japanischen Vertrag für den Fernen Osten zu ersetzen. Admiral Kato hat die Führer der anderen Delegationen ersucht, ihm einige Tage Frist zu gewähren, damit er die Vorschläge Chinas prüfen könne. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben.

Die Abreise zu Lande.

London, 17. November. (Associated Press.) Die amerikanische Regierung hat nicht die Absicht, während der Konferenz irgend ein endgültiges Programm über die Verminderung der Landstreitkräfte zu unterbreiten. Soweit bekannt ist, hat keine der auswärtigen Delegationen derartige Vorschläge gemacht. Briand hat bereits geäußert, daß Frankreich ein Heer haben will, das genügend groß sei, um es gegen seine Nachbarn zu schützen.

Gegen die Nordwaffen.

New York, 17. November. „New York Times“ und „New York Herald“ treten in Leitartikeln für die völlige Beseitigung der U-Boote ein. Letzgenannte Zeitung verlangt ferner, daß der Gebrauch von giftigen Gasen und von Flugzeugen als Kriegswaffe verboten werde.

Die Verhandlungen mit Irland.

Die britischen Unionisten unterstützen Lloyd George.

London, 18. November. (Lauritzenberg.) Die Entschlieung des gestrigen Unionistenkongresses in Liverpool hat folgenden Wortlaut: Der Kongress spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß in Übereinstimmung mit der Souveränität der Krone, der Sicherheit des Reiches, den Interessen der Bevölkerung und der Sicherung der Interessen der Minderheiten in Südrland gelingen wird, bei den soeben stattfindenden Beratungen eine Regelung der irischen Schwierigkeiten zu finden, die Großbritannien und Irland den Frieden und dem Reiche eine Stärkung bringen wird. — Die Entschlieung wird als ein sichtbares Zeichen dafür angesehen, daß die Verhandlungen der Regierung über den Frieden in Irland bei

der überwiegenen Mehrheit der britischen Unionisten Unterstützung finden. So schreiben die „Times“: Chamberlain, Lord Birkenhead und ihre Kabinettskollegen sind jetzt mit all der Autorität ausgestattet, die ihnen die Versammlung der großen Partei für die Fortsetzung ihrer patriotischen Bestrebungen betreffend die Lösung der irischen Frage gewähren konnte. Die Bedeutung der gestrigen Entschlieung beruht darin, daß der Erfolg der irischen Verhandlungen augenblicklich von der Zustimmung Ulsters zu gewissen Anträgen der englischen Regierung abhängt, von denen erwartet wird, daß sie sowohl für die Führer von Süd- als auch von Ostirland annehmbar sein werden.

Albanien vor dem Völkerbundrate.

Serbien sagt sich.

Paris, 17. November. (Havas.) Im Völkerbundrate erklärte der englische Vertreter Fisher zur albanischen Frage, die englische Regierung verfolge mit großer Besorgnis das militärische Vorgehen Jugoslawiens im Norden Albanien, wo keinerlei Feindseligkeiten gegen die jugoslawische Regierung begangen worden seien. Es scheint der Plan zu bestehen, der Regierung von Tirana Nordalbanien dadurch zu entreißen, daß einzelne Führer der aufständischen Wiriditen gegen diese Regierung unterstützt und zur Ausübung einer unabhängigen Republik ermutigt würden. Deshalb hätten sonst die Serben am 17. September die Albaner durch ein Ultimatum aufgefordert, binnen 24 Stunden die Dörfer Aras, Sintai usw. zu räumen und warum hätten sie nachher sogar diese Dörfer bombardiert? Der serbische Vertreter Voskoblitsch erklärte in seiner vorläufigen Antwort, die serbischen Truppen hätten niemals auf eigene Faust die sogenannte Frontlinie d'Esperah-Demarcationslinie überschritten. Die Belgrader Regierung werde ihre Truppen auf die angrenzende Linie zurücknehmen.

Unruhen in Indien.

Gelegentlich des Besuches des Prinzen von Wales.

London, 17. November. (Reuter.) Beim Einzuge des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ernstlichen Unruhen im Eingeborenenviertel, die auf die Agitation englandsfeindlicher Elemente zurückzuführen sind. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Pelljura in Niewo eingezogen.

Rom, 18. November. (Funf.) General Pelljura soll an der Spitze der Aufständischen in Niewo eingezogen sein.

Freispruch im „Reigen“-Prozess.

Berlin, 18. November. In dem Prozesse wegen der Aufführung von Arthur Schnitzlers „Reigen“ wurden alle Angeklagten freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Generalfreist in Genua.

Genua, 17. November. (Stefani.) Aus Solidarität mit den Metallarbeitern, die aus wirtschaftlichen Rücksichten in den Streik getreten sind, wurde der Generalfreist proklamiert. Abgesehen von den Straßenbahnen sind alle öffentlichen Betriebe in Tätigkeit.

Kleine Chronik.

Schiffsunglück. Valencia, 17. November. Der amerikanische Dampfer „San Francisco“, auf dem auf hoher See ein Brand ausgebrochen ist, wird für verloren gehalten. Neben das Schicksal der Besatzung ist nichts bekannt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zollwucher. Eine vorgestern stattgefundene Sitzung des Klubs der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten, der Vertreter der Gewerkschaftskommission, des Verbandes der tschechischen Genossenschaften und der tschechischen Großverkaufsgesellschaft bewohnten, beschäftigte sich mit der von der Regierung beabsichtigten Neuregelung des Zolltarifs. Es wurde eine Kommission eingesetzt, welche ein Exposé ausarbeiten soll. Den tschechischen Sozialdemokraten scheint es gleichfalls beunruhigt zu werden, daß der provisorische Zolltarif eine fürchterliche Gefahr für die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung bedeutet. — Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß es in dem von uns gestern veröffentlichten Vergleich einiger Zollsätze aus dem österreichisch-ungarischen Zolltarif von 1906 und dem neuen provisorischen Zolltarif selbstverständlich nicht Waren pro tausend Kilo, sondern pro hundert Kilo heißen soll.

Wirtschaftsvertrag der baltischen Staaten mit England. Der Moskauer „Naprjok“ schreibt: Einer russischen Mitteilung zufolge hat die Reichskonferenz der baltischen Staaten und Russlands beschlossen: 1. Einen Wirtschaftsbund Ostlands, Westlands, Finnlands und Lettlands mit Sowjetrußland zu

standzubringen und ein ständiges wirtschaftliches Bureau zu schaffen; 2. einen Wirtschaftsvertrag der baltischen Staaten mit Sowjetrußland vor Ende dieses Jahres vorzubereiten; 3. eine Reihe von Eisenbahn-, Schiffs- und Hafenfragen zu erörtern.

Internationale Rohstoffversorgung. Die Frage der Rohstoffversorgung nahm die Internationale Arbeitskonferenz einen Antrag an, der das internationale Arbeitsamt auffordert, der nächsten Tagung einen Bericht über die Ergebnisse der Umfrage über das Rohstoffproblem vorzulegen. Der Beschluß fußt auf einem Antrage des italienischen Mitarbeiters Baldestri, der auf der letzten Tagung eine Untersuchung über die Rohstoffproduktion und die Verteilung durch den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes vorschlug. Er geht auch auf die Entschlieung der Internationalen Bergarbeiterkonferenz vom Jahre 1920 zurück, die auf Grund deutscher und italienischer Anträge die Errichtung eines internationalen Büros zur Verteilung der notwendigen Rohstoffe fordert. Das Internationale Arbeitsamt wollte diesen Wünschen Rechnung tragen, indem es laut Beschluß des Verwaltungsrates vom Oktober 1920 zunächst beim Völkerbund die Gründung des Statistischen Amtes zur Untersuchung der Rohstofffrage anregte.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 333, 100 Mark 36,40, 100 schweiz. Franken 178,3, 100 Lire 336, 100 franz. Franken 692,3, 1 Pfund Sterling 380,3, 1 Dollar 95,3, 100 belg. Franken 671,3, 100 Tschej. 1297,3, 100 Dinar 127,3, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1,90, 100 poln. Mark 3,30, 100 ung. Kronen 10,67,3 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Die Kreiskonferenz Teplitz findet nicht am 26. und 27. November, sondern am 21. und 22. Jänner in Komotau statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichte: a) des Kreissekretärs, b) des Frauenkreiskomitees, c) über Bildungsarbeit, d) der Arbeiterbäckerei, e) der Arbeiterdruckerei, f) der Buchhandlung „Freiheit“, g) der Kontrolle. 2. Presse: a) Bericht der „Freiheit“, b) Bericht der „Volkzeitung“. 3. Die Arbeitsmethoden unserer Organisation. 4. Die politische Situation. 5. Neuwahlen. 6. Allgemeine Anträge.

Kreisorganisation Mtes. Die Kreisleitung hat in ihrer Sitzung am 11. November beschlossen, die für den 3. und 4. Dezember 1921 anberaumte Kreiskonferenz abermals zu verschieben. Die Verschiebung findet ihre Begründung darin, daß der Kreiskonferenz die Gelegenheit geboten werden soll, die Beschlüsse des Parteitages verwerten zu können. Die Kreiskonferenz wird daher in der zweiten Hälfte des Monats Jänner 1922 in Tschau stattfinden. Alles auf die Konferenz bezugnehmende wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Die Premiere „Die Tanzgräfin“, Operette von Robert Stolz, findet morgen statt. — Wolf Lehmann singt heute den Rhadames in Verdis „Aida“, Annae Lis Abrosino, Aida — Johanna Berthold. Arbeitervorstellung. Morgen nachm. 2 Uhr Nicolaus Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“. Karten von 3—15, Sogen von 3 bis 55 Kr. bei Optiker Deutsch, Graben 24, kleiner Bazar.

Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter. Sonntag, den 21. November, nachmittags um 2 Uhr geht im Neuen deutschen Theater Nicolaus komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ als Arbeitervorstellung in Szene. In demselben Tage, abends um 8 Uhr, findet im großen Uraniasaal zur Feier des fünfundsanzwanzigjährigen Bestandes des Vereines deutscher Arbeiter in Prag ein Kunstabend statt unter Mitwirkung erster Künstler, und zwar der Damen: Pepi Glädner-Kramer, Suzanne Fich-Göthe, Ludwig von dem Bruch, Max Kreuer und Otto Soltan.

Turnen und Sport.

Eine weitere Vorkehrung um den tschechischen Pokal findet diesen Sonntag mit dem Treffen Slavia—Victoria Pilsen statt. Das Spiel dürfte, wie alle bisherigen zwischen diesen zwei Mannschaften der Spitzengruppe, sehr interessant werden. Morgen spielt Slavia gegen Sparta Klado und D. F. C. gegen Cecie Brschowitz. Das Ligamentkämpferspiel D. F. C. gegen Tepl. F. S. findet Sonntag in Teplitz statt. Besondere die Spiele in Teplitz werden durch das allzu temperamentvolle Publikum beunruhigt. Die A. C. Sparta verteidigt am 27. November die Pokalmehrfacherschaft, die sie voriges Jahr gewann gegen den Sieger aus dem sonntägigen Spiele Slavia gegen Victoria.

Berechnungsblätter.

„Der Völkerbund“. Der Vortrag Professor Rauhbergs über dieses Thema in der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“ findet Mittwoch, 23. November im Raum IV, um 8 Uhr, statt.

# BERSON GUMMIABSÄTZE BILLIGER ALS LEDER

Mitteilungen aus dem Publikum.

Heute halb 3 Uhr D.F.C. PL. kombiniert D.F.C. — Cechie Vršovic I Karten an der Kassa. 345

Sonntag, vorm. 11 Uhr D.F.C. PL. D.F.C. gegen Cechie Vršovice Reserve Vorverkauf halb 6 bis halb 8 abend Cafe Continental. 346

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Olegowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle,

für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefstellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

### Rechtzeitig eindecken! Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“

in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen.

Generalvertreter: JOSEF POLLAK, Weinberge, Resslova 3. Telephon 216. 218

Erste Marke der Welt-Remington Standard-Schreibmaschinen mit

vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, vis-à-vis dem Obecní dum. Telephon 2871. 107

Das'as Sieg bei den Militär-Lieferungen. Während andere bei der Mobilisierung in den Lieferungs-Verammungen hin und her berieten, ob sie die Schuhe zu K 250.— oder K 300.— abgeben sollen, hat Das'as die Militärschuhe zu seinem alten Preis von K 174.50 per Paar offeriert. Die Firma hat sich bereit erklärt, Schuhe aus dem besten Material genau nach Militär-Vorschrift, ohne jede Begünstigung beim Material und Ausführung, zu liefern. Die Firma Das'as stellte sich auf den richtigen Standpunkt, lieber billige Schuhe unserer Armee zu liefern, als sie an das Ausland abzugeben. Sie

durch wurden der Armeeleitung viele Millionen erspart. 326

### Glücklicher Zufall.

Auf die Marke Libenia Nr. 50 (2. Haupttreffer) wurden den 11- und 13jährigen Waisenkindern Josef und Marie Kala in Dobruška bei Duschník K 500.— ausgezahlt. Durch diesen glücklichen Zufall wurde armen Waisenkindern eine Wohltat erwiesen. Wir machen das P. T. Publikum darauf aufmerksam, daß diese großzügige Aktion nicht auf Kosten der Qualität hergestellter wird und somit das P. T. Publikum indirekt am Reingewinn teilnimmt. Inland — — —

### Herausgeber:

Dr. Ludwig Egeč und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.



**OSRAM NITRA**

Reinweißes Licht  
Geringer Stromverbrauch

**18 Théâtre Variété 18**  
Prag-Karlín.

Riesenerfolg des neuen Programmes!

Chas. Hera Schenk Clo  
Meister-Jongleur Im Hovonsimmer.  
8 Neue Attraktionen,  
wegen des kolossalen Erfolges reorganisiert.  
5 Seelöwen Capt. Neasen, Edith Hagedorn  
wunderbare Lichtfeier, Ellen Octavio, Affen,  
Hunde und Katzenressor. Morgen Sonntag 2  
Vorstellungen halb 4 u. halb 8. Karten rechtzeitig  
verschoren! 343

**CAFÉ ELEKTRA**  
PRAG-WEINBERGE,  
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.  
TREFFPUNKT DER GENOSSEN  
Telephon 4654. 124

**Drucksorten**  
aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die  
Druckerei der TRIBUNA N.-G.  
Prag II., Karlovo nám. 15.  
Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090. 147

**EGGER & CO.,**  
PRAG-KARLÍN, Královská tř. 14.  
FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.  
Eggers Milch- und Kaffekaramellen, 67  
Eggers 140er Peppermint  
in allen Konsumvereinen erhältlich.



**Brüder Tauber**  
Weingrosshändler  
Weingutsbesitzer  
Prag-Wysočan.

**KOHLE-KOKS**  
In plombierten Säcken  
Svoboda & finais  
PRAHA, Jungmannova 3.  
Telephon 553-5514. 333

**Kuh & Kretsch**  
Likörfabrik  
Teplitz-Schönau. 29

**Allen Herren** empfehlen wir unsere garantiert vorlässlichen, hygienischen Gummi-Schutzmittel; stets nur brischa, keine Ware legend. Original „OLLA“, primaissima Qualität, Nr. 106 54 Kz, Marke „NOVITAS“ in Qualität, Nr. 106 42 Kz per Dutzend. Versandspesen 3 Kz extra. Lieferung streng diskret ohne Inhaltsangabe. Reichhaltiger, illustrierter Prospekt Nr. 106 über kosmetische und intime hygienische Artikel gegen 2 Kz in Bar oder Marken. 217

„NOVITAS“, Versandgeschl. Ausg. A. E.

**PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK**  
**Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,**  
FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 108  
bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

**REMA**  
die beste  
**Speise-Schokolade**  
besorgt den Konsum-Vereinen die  
**G. E. C.**

**National u. Praga KONTROLL-KASSEN**  
von K 950.— mit Fabriksgarantie

Rekonstruktionen  
Umbau 312  
Reparaturen  
Vernickelungen  
Repar. Abonnement

zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft:  
**Kontroll-Kassen G.m.b.H.,**  
Prag I., Rybná ul. 20.

**Piering-Sent und Essig**  
ist der Beste!

zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47



Gegen 10 Kz auf Raten liefern wir Violinen, Mandollinen, Gitarren, Grammophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw.

Grammophone-Import-140  
Compani Brno, Freiheitsplatz 9  
Preisliste bei Angabe des gewünschten Musikinstr. gratis.

**Likör- und Essig-Fabrik**  
B. u. L. Windholz, Brünn. 3  
Spezialitäten: Curacao Triple Sec-Geirdekokümmel. „Spaniola Grilotte.“

Die anerkannt beste  
**PRESSHEFE**  
in erstklassiger Qualität und zu den billigsten Preisen empfiehlt sämtlichen p. t. Konsumvereinen die Mährisch-schlesische Presshefefabrik, Aktiengesellschaft in Troppau.  
Filiale: Prag-Smichow, Přemyslova II.  
Verlangt Probesendungen: 267

**Reisstrohbesen**  
Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.  
Prag, Soukenická 7.  
In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

Wir erzeugen wieder feinste  
**Theemargarine „SANA“**  
und vorzügliche  
**Tafelmargarine „AXA“**  
den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.  
**Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín**  
Půjčovni 2. 209